

Wahlprüfsteine für eine menschen-, umwelt- und naturschutzgerechte Stadtentwicklung in Leverkusen

Der Natur in Leverkusen geht es schlecht. Wer Schwalben oder bunte Schmetterlinge finden möchte, muss lange suchen. Um ab morgen eine menschen-, umwelt- und naturschutzgerechte Stadtentwicklung in Leverkusen zu erreichen, müssen Politik und Verwaltung viel ändern. Sicherlich ist für alle Leverkusener interessant, was Leverkusener Parteien planen, um in der kommenden Legislaturperiode in dieser Richtung aktiv zu werden. Die Leverkusener Naturschutzverbände BUND und NABU haben die wichtigsten Forderungen in 8 Themenkomplexen zusammengefasst. Diese Wahlprüfsteine haben sie den Parteien zukommen lassen. Die vollständigen Antworten von **BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN, CDU, Opladen Plus, FDP** und **SPD** können auf den Homepages der Naturschutzverbände nachgelesen werden (www.bund-leverkusen.de und www.nabu-leverkusen.de). Hier ein paar zusammenfassende Betrachtungen der Antworten der Parteien:

I. Landschaftsplan

Ein kurzer Blick auf eine unendliche Geschichte: Der derzeit gültige Landschaftsplan der Stadt Leverkusen stammt aus dem Jahr 1987. Eine Neuaufstellung wurde am 12. Juli 2010 durch den Rat der Stadt Leverkusen beschlossen. Ein Vorentwurf wurde erstellt und 2012 erarbeiteten NABU, BUND und LNU 22 Änderungs- und Ergänzungsvorschläge zum Vorentwurf. Leider liegt aktuell in Leverkusen immer noch kein aktualisierter Landschaftsplan vor, der weit umfassender als bisher die Landschaft schützen muss. Nur dieser kann eine wirkungsvolle Grundlage für die Stadtplanung der Zukunft sein. Daher muss die Novellierung des Landschaftsplans unverzüglich in Angriff genommen werden. **BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU, FDP und Opladen Plus** betrachten die Neuaufstellung des Landschaftsplanes ebenfalls als wichtiges Thema. Die Grünen haben dies auch in ihr Wahlprogramm aufgenommen mit dem Hinweis, dass er den Naturschutz in Leverkusen stärken soll.

II. Naturschutz

§ 1 des NRW-Landschaftsgesetzes gibt als Ziel vor, „Natur und Landschaft so zu schützen, zu pflegen und zu entwickeln, dass sie als Lebensgrundlagen des Menschen nachhaltig gesichert sind.“ Die Schaffung weiterer Naturschutzgebiete ist eine hervorragende Möglichkeit, diese Forderung umzusetzen. Zurzeit stehen nur 2,25 % der Fläche von Leverkusen unter Schutz. Das ist viel zu wenig. In NRW sind es 8%, bereits 2017 wurde vom Land das Ziel 15% gesetzt. Die Leverkusener Naturschutzverbände schlagen daher vor, alle Gebiete, die im aktuellen Landschaftsplanentwurf als NSG vorgesehen sind, sofort unter Schutz zu stellen. Die vorliegenden Fakten reichen dafür aus. Weiterhin hat sich in der Zwischenzeit ergeben, dass es wichtig ist, den Wald am Schloss Morsbroich als flächiges Naturdenkmal oder als geschützten Landschaftsbestandteil sicherzustellen.

Zur Frage der Erweiterung und Neuausweisung von Naturschutzgebieten stellt die **CDU** dar, dass sie sich „ definitiv dafür einsetzt, die Grün- und Freiflächen und damit auch den Charakter der Stadt zu erhalten. Ob dies allerdings am besten durch die Ausweisung von Naturschutzgebieten funktioniert halten wir offen. Wir sperren uns nicht kategorisch gegen Neuausweisungen, allerdings werden wir jede Fläche einzeln prüfen und gegebenenfalls auch gegen eine solche Ausweisung stimmen, sollten andere Argumente überwiegen.“ **Opladen Plus** spricht sich für die Einrichtung weiterer Naturschutzgebiete aus und die **FDP** möchte eine „maßvolle Ausweitung, wo es möglich ist“. **DIE GRÜNEN** nähern sich mit dem Ziel einer mindestens zu verdoppelnden Fläche der Naturschutzgebiete am ehesten der Forderung der Naturschutzverbände an.

III. Flächenschutz

Leverkusen hat schon jetzt zu wenig naturnahe Grünflächen. Unsere Fläche und damit der bebaubare Raum sind begrenzt. Daher muss weitere Flächenversiegelung grundsätzlich vermieden werden. Aber auch die „Nachverdichtung“ kann nur mit Augenmaß in Hinblick auf ein soziales und umweltfreundliches Wohnen erfolgen. Die Naturschutzverbände fordern daher als zukünftige Handlungslinie:

- **Baulückenschluss oder Ersatzbau für bestehende Gebäude sind der Ausweisung neuer Baugebiete in jedem Fall vorzuziehen.**
- **Die lokale Identität von Ortsteilen muss erhalten bleiben (Beispiel Bergisch Neukirchen / Hitdorf). Dazu muss die heute noch vorhandene freie Landschaft zwischen den Ortsteilen erhalten bleiben und ökologisch aufgewertet werden.**
- **Wertvolle Biotope wie Streuobstwiesen, zusammenhängende Waldflächen, Ackerfluren mit Kleinstrukturen müssen erhalten bleiben.**
- **Die Versiegelung der Böden in unserer Stadt muss aufhören und an vielen Stellen rückgängig gemacht werden. Dazu ist die Neuauflage und Umsetzung des hervorragenden „Bodenentsiegelungsprogramms“ der Stadt von 1992 notwendig.**
- **Flächensparendes und ökologisches Bauen als verbindliche Vorgabe für Bauvorhaben ist unabdingbar. Dazu muss ein Kriterienkatalog aufgestellt werden und verbindlich vorgegeben werden, wie ökologisches, nachhaltiges Bauen definiert wird, z.B. nach den Grundlagen der Deutschen Gesellschaft für nachhaltiges Bauen.**

Alle Parteien sehen es als sinnvoll an, keine weiteren Flächen zu versiegeln. Jedoch sieht z.B. die **CDU** es als wichtig an „neuen Wohnraum und andere Gebäude in der Stadt errichten.“ Die **SPD** sagt: „ .. Wir halten wir weiterhin daran fest, dass wir mehr Wohnungsbau... benötigen“. Die **FDP** schreibt u. a.: „ Aber trotzdem werden wir in unserer wachsenden Stadt neue Bauflächen erschließen müssen, um die Menschen mit Wohnraum zu versorgen.“ **DIE GRÜNEN** sehen ebenfalls den Bedarf für mehr Wohnraum, stellen sich aber „ ... gegen ein Zubauen der Stadtränder und grünen Wiesen“, denn „wir wollen keine weitere Versiegelung und Bebauung von grünen Randflächen. Die Erschließung neuer Bauflächen am Rande der Stadt soll nur in Ausnahmefällen und nach strengen Kriterien zulässig sein.“ Mit der Aussage „Wenn [diese] Flächen bebaut und versiegelt werden, sollen die dafür geschaffenen Ausgleichsflächen mindestens gleich groß und ökologisch gleichwertig sein und auch nachhaltig erhalten bleiben“ kommen sie von allen Parteien den bereits seit Jahren aufgestellten Forderungen der Naturschutzverbände am nächsten.

Die **CDU** erachtet auch die Erhaltung der besonderen Struktur Leverkusens als erhaltenswert: „ Die lokalen Identitäten von Leverkusen und damit besonders den dörflichen Charakter einzelner Stadtteile wollen und werden wir erhalten.“ Gegen die Forderung der Naturschutzverbände, eine ökologische Bauweise von Seiten der Stadt als Zielvorgabe zu

setzen, wendet die **CDU** ein: „ Klar ist, wir können nicht alles in ökologischer Bauweise bebauen. Aber wo dies möglich sein wird, werden wir uns dafür einsetzen.“ Leider lässt sich daraus nicht erkennen, ob ökologisches Bauen zum Standard in Leverkusen werden soll.

Opladen Plus geht da in mit seinen Zielen etwas weiter, indem sie fordern, „bei Bauvorhaben ... immer darauf [zu] achten, dass so umweltfreundlich wie nur möglich gebaut wird ..“. Sehr deutlich formulieren es **BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**: „Wir wollen in Leverkusen zeigen, dass man modern, nachhaltig und klimaschonend bauen kann. Dazu setzen wir auf den weitestgehenden Einsatz von CO₂-neutralen Baustoffen ...“

IV. Grün in der Stadt

Das augenfällige **Potenzial zur Schaffung von „Grün“** in der Stadt ist noch längst nicht ausgeschöpft. **Dringend nötig sind daher:**

- **Die umfangreiche Erfüllung der Vorgaben der BauO NRW § 8 ((1) Die nicht mit Gebäuden oder vergleichbaren baulichen Anlagen überbauten Flächen der bebauten Grundstücke sind 1. wasseraufnahmefähig zu belassen oder herzustellen und 2. zu begrünen oder zu bepflanzen...): Es muss eine Struktur geschaffen werden, die eine strikte Überprüfung der Einhaltung der gesetzlichen Vorgaben v. a. zur Verhinderung von Schotterflächen gewährleistet.**
- **Eine attraktive finanzielle Unterstützung bei der Anlage von Fassaden- und Dachbegrünung - beim Neubau und beim Bestandsbau.**
- **Die vollständige Begrünung der Straßenränder**
- **Eine ökologisch sinnvolle Behandlung von 80% aller öffentlichen Grünflächen (Blühwiesen statt Rasen)**
- **Die Wiedereinführung einer Baumschutzsatzung.**
- **Die Schaffung von Strukturen, die gewährleisten, dass das Leverkusener Vorzeigeprojekt „Leverkusen blüht auf“ dauerhaft weiterarbeiten kann.**

Nur **BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN** spricht sich klar für einen starken Schutz unserer Bäume durch eine Baumschutzsatzung aus.

Die **CDU** stimmt einer Ausweitung von Blühwiesen in Leverkusen zu, genauso wie der weiteren Unterstützung für das Projekt „Leverkusen blüht auf“.

Die Zahl der Schottergärten in unserer Stadt nimmt immer mehr zu. Die **FDP** möchte den bisherigen Weg der Stadt in Sachen Schottergärten weiter fortführen. Sie setzt eher auf Aufklärung der Bürgerinnen und Bürger als auf Verbote: „Deshalb möchten wir Schottergärten nicht verbieten, sondern für Begrünung werben.“ Eine „Förderung von Fassaden- und Dachbegrünung hingegen unterstützen wir“. Die **SPD** schreibt: „ ...erachten wir es als notwendig, dass bei Neubauten und Sanierungen grundsätzlich die Möglichkeit einer Begrünung von Fassaden und Dächern und des Einsatzes regenerativer Energien wie bspw. Photovoltaik-Anlagen überprüft und dann umgesetzt werden.“

V. Landwirtschaft

Angesichts des anhaltenden Artenschwunds bei Pflanzen und Tieren in der Agrarlandschaft und insbesondere auch bei Wildbienen und anderen Insekten halten wir es für dringend geboten, dass die Stadt Leverkusen alle Maßnahmen ergreift, der Zerstörung der biologischen Vielfalt konsequent entgegenzuwirken. Hier kann die Kommune auf vielen Wegen die Landwirte unterstützen.

- **Wir fordern daher eine finanzielle Unterstützung der Landwirte bei der Umstellung auf eine ökologischere Bewirtschaftung der stadteigenen Pachtflächen. Auf ihnen ist der Einsatz von Pestiziden zu untersagen.**
- **Die Stadt Leverkusen soll sich um die Etablierung eines landwirtschaftlichen Betriebs bemühen, der nach den Richtlinien des ökologischen Landbaus arbeitet.**

Wie auch die Bundesumweltministerin aufzeigt, wird der Artenschwund in der freien Landwirtschaft zu einem erheblichen Teil durch die traditionelle Landwirtschaft verursacht. Die **CDU** möchte an den bisherigen Arbeitsweisen der Landwirte in Leverkusen nichts ändern. *„Die Zulassungsverfahren für Pestizide und Herbizide regelt der Bund im Einvernehmen mit den anderen europäischen Regelungsbehörden. Wir vertrauen deshalb auf die Expertise des dort angesiedelten Personals und sehen davon ab unsere Flächen unter weiteren Auflagen zu verpachten. Auch den wenigen Landwirten in Leverkusen überlassen wir es, wie diese Ihre Ackerflächen bewirtschaften und werden davon absehen uns in Ihre Betriebe einzumischen.“* **FDP** und **Opladen Plus** halten die Etablierung eines ökologischen Landwirtschaftsbetriebs für begrüßenswert. Die Planungen von **BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN** folgen am intensivsten den aktuellen Erfordernissen des Artenschutzes. „... deshalb *„wollen [wir] das Hofsterben stoppen und die bestehenden Betriebe bei der Umstellung auf Biolandbau, artgerechte Haltungsformen und nachhaltige Ackerbauverfahren unterstützen.“* Die Biodiversität in der Landwirtschaft wollen wir stärken; so *„fordern wir Anreize für Naturschutzmaßnahmen, z. B. für mehr Ackerrand, Beweidung und Brachflächen“*. Auf städtischen Flächen *„soll auf den Einsatz von Pestiziden und Herbiziden verzichtet [...] werden.“*

VI. Klimaschutz

Die konsequente Umsetzung der Vorgaben des mit großer Mehrheit akzeptierten Klimaanpassungskonzeptes ist die Voraussetzung für einen nachhaltigen Klimaschutz in einer Stadt, die bereits den „Klimanotstand“ ausgerufen hat.

Hier einige wesentliche Forderungen:

- **Solange es noch keine behördlich verordnete Installationspflicht von Solarzellen auf neuen Dächern gibt, fordern wir eine konsequente Nutzung aller Möglichkeiten regenerativer Energiegewinnung auf / an öffentlichen Gebäuden (Photovoltaikanlagen, Solarkollektoren)**
- **Bei Neubauten Orientierung der Dächer zur optimalen Nutzung von Photovoltaik (Südexponierung mit einem Aufstellwinkel von 30 Grad)**
- **Förderung von Fassaden- und Dachbegrünung (s. o.), auch bei städtischen Gebäuden**
- **Nutzung aller Möglichkeiten der Energieeinsparung (z. B. insektenfreundliche LED-Beleuchtung)**

Alle Parteien sahen die Energieeinsparung als wichtiges Ziel. Auch die Fassadenbegrünung wird von allen befürwortet, wobei die **FDP** sich auch für den Einsatz von Moosflächen oder anderen schadstoffspeichernden Pflanzen auf städtische Fassaden, Brücken, Überwegen und ähnlichen Bauten ausspricht. **BÜNDNIS 90** geht bei der Förderung der Nutzung der Solarenergie den konsequentesten Weg. Sie wollen *„auf allen städtischen Gebäuden, die sich dafür eignen, Photovoltaik-Anlagen (PV-Anlagen) installieren - möglichst in Kombination mit Batteriespeichern“*. *„Auch auf privaten Dächern, insbesondere bei Gewerbeimmobilien, ist diese Kombination wünschenswert. Dazu brauchen wir Beratungsangebote und die aktive Förderung von Privatinvestitionen“*. Weiterhin zeigen sie Möglichkeiten auf, wie die EVL als

städtisches Tochterunternehmen ihre Anstrengungen zum Klimaschutz steigern kann - so soll „die EVL [...] ihren Stromeinkauf bis zum Jahr 2025 zu 100 % auf erneuerbare Energien umgestellt haben. Beteiligung an konventionellen Kraftwerken im In- und Ausland lehnen wir ab“. „Außerdem setzen wir uns dafür ein, dass die EVL den Anteil dekarbonisierter Wärme in Leverkusen auf mindestens 50 % erhöht“.

Opladen Plus will u.a. dem Klimawandel entgegenzutreten mit der Forderung „Neubauten müssen maximal möglich umweltschonend gebaut und betrieben werden können. Die dazu notwendigen Vorgaben muss die Stadt bereits in den Bebauungsplänen festschreiben.“ Klimaschutz durch effiziente Straßenbeleuchtung fordert auch die **SPD**: „Darüber hinaus gehört die Straßenbeleuchtung zu den größten Energiefressern auf kommunaler Ebene. Unser Ziel ist es, die Wege- und Straßenbeleuchtung auf energieeffizientes und insektenfreundliches LED-Licht umzustellen“.

VII. Verkehr

Die Leverkusener Naturschutzverbände sind der Überzeugung, dass die Verkehrspolitik der Vergangenheit weiterhin Lärmbelastung, Luftverschmutzung und Flächenverbrauch erzeugt. Sie sind daher konsequent dafür, dass alle positiven Ansätze des in Arbeit befindlichen Mobilitätskonzeptes weitergeführt werden müssen. Dazu gehört auch die Erhöhung der Attraktivität des ÖPNV (dichtere Taktung, Erweiterung des Netzes usw.), eine Umstellung der Busflotte auf Elektro- oder Wasserstofffahrzeuge, deutlich mehr Raum und Sicherheit für Fußgänger und Radfahrer sowie eine Erhöhung der Parkgebühren, um so eine Attraktivierung/Belohnung der Nutzung von Fahrrad und ÖPNV zum Einkaufen usw. zu erreichen.

CDU, Opladen Plus und die **FDP** lehnen die Erhöhung der Parkgebühren ab. Eine dichtere Taktung des ÖPNV wird von allen Parteien befürwortet, ebenso wie eine Verbesserung der Radwegesituation und der Abstellmöglichkeiten für Räder. Eine Attraktivierung des ÖPNV durch eine Reduktion der Ticketkosten für die Nutzer möchte **BÜNDNIS 90** erreichen: „Wenn die rechtliche Möglichkeit besteht, unterstützen wir die Idee eines umlagefinanzierten, ticketlosen ÖPNV, sofern er zusammen mit einigen unserer Nachbarkommunen realisiert wird...“

VIII. Umwelt in der Verwaltung

Aus Sicht der Naturschutzverbände ist die personelle Ausstattung gerade des Umweltamtes zur Zeit nicht ausreichend. Eine gute Ausstattung aller mit Natur und Umwelt befassten Bereiche der Verwaltung ist jedoch unabdingbar (UNB, FB Amt für Stadtgrün) und sollte so schnell wie möglich angestrebt werden. Weiterhin muss die Förderung des NaturGut Ophoven als modellhaftes und weit über die Grenzen der Stadt hinaus bekanntes Zentrum für außerschulische Bildung auf Dauer gewährleistet sein.

Die personelle Ausstattung der Verwaltung gerade in der Unteren Naturschutzbehörde wird von **BÜNDNIS 90** und **Opladen Plus** explizit befürwortet. Die **CDU** äußert sich dazu eher verhalten: „Eine personell gute Ausstattung der Verwaltung wünschen wir uns in allen Bereichen der Stadt. Einzelne Ämter zu bevorzugen widersprechen wir.“ Die **FDP** steht dazu eher skeptisch: „Dass eine personelle Aufstockung der Verwaltung im Natur- und Umweltbereich der Umwelt dient, möchten wir bezweifeln.“

Die weitere Förderung des NaturGut Ophoven wird von allen Parteien befürwortet. **BÜNDNIS 90** und die **SPD** schlagen detailliert vor, im Bereich der Bildung für nachhaltige Entwicklung und des Klimaschutzes die bisherigen Bildungsaktivitäten zu vergrößern.